

Federführung:

51 - Jugend, Familie, Bildung, Freizeit

Produkt:

51.01 Jugendarbeit, Kinder- und Jugendschutz

Datum:

21.02.2021

| Beratungsfolge: | Sitzungsdatum: | |
|----------------------------|----------------|--------------|
| Jugendhilfeausschuss | 09.03.2021 | Vorberatung |
| Haupt- und Finanzausschuss | 18.03.2021 | Vorberatung |
| Rat der Stadt Coesfeld | 25.03.2021 | Entscheidung |

Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik für Coesfeld

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW beim Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL) ein arbeitsfähiges Modell für eine eigenständige Jugendpolitik in Coesfeld zu entwickeln und hierfür einen entsprechenden Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Coesfeld und dem LWL / Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW abzuschließen.

Sachverhalt:

Ausgangslage:

Partizipation bzw. die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen in Coesfeld war bislang eine reine Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendförderung. Sie fand vor allem anlassbezogen und zielgruppenorientiert in allen Aufgabenbereichen der Kinder- und Jugendförderung statt. Beispiele sind die Entstehung der Skateranlage am Bahnweg, die Entwicklung und Realisierung des Lokschuppen-Geländes am Jugendhaus Stellwerk und aktuell die Planung eines „Dirt Parks“ für Mountain-Biker im Zuge des DIEK-Projektes Lette. Bei diesen Projekten wurden und werden Kinder und Jugendliche aktiv und z. T. als Experten:innen in eigener Sache in die Entwicklung der Projekte eingebunden. Am Ende stand / steht jeweils ein Ergebnis, in dem sich die Interessen und Bedarfe der Beteiligten widerspiegeln.

Künftiges Konzept:

Die Methodik der anlassbasierten Partizipation soll nicht grundsätzlich aufgegeben werden, zumal Beteiligung nicht zuletzt auch von konkreten Anlässen abhängt. Dennoch soll der gemeinsame Weg beschritten werden für die Stadt Coesfeld eine Struktur / Arbeitsform für eine eigenständige kommunale Kinder- und Jugendpolitik zu etablieren.

Wie eine derartige Struktur oder Arbeitsform künftig beschaffen sein könnte, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Der Grund hierfür ist, dass

konsequenterweise der notwendige Findungsprozess an sich bereits als ergebnisoffenes Beteiligungsprojekt verstanden werden muss – an dem naturgemäß vor allem Kinder und Jugendliche in methodisch passender Weise zu beteiligen sind.

Arbeitsweise und fachliche Begleitung bzw. Kooperation

Der Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL) unterhält beim Landesjugendamt die „Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW“. Gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und in Kooperation mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW (MKFFI) wurde dort das Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ initiiert.

Ziel des Projektes, an dem inzwischen zahlreiche Kommunen in NRW beteiligt sind, ist die „offensive Weiterentwicklung und strukturelle Verankerung jugendpolitischer Konzepte und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Kommunen, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene in NRW zu stärken.“¹ Außerdem soll ein NRW-weites Netzwerk der an dem Projekt beteiligten Kommunen mit dem Ziel des regelmäßigen Austausches aufgebaut und verstetigt werden.

Aufgabe und Rolle des LWL ist insbesondere die Beratung und phasenweise Moderation des Entwicklungsprozesses der beteiligten Kommunen. Hinzu kommen Leistungen wie die Durchführung von Fortbildungen und Netzwerktreffen, aber auch eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 3.000,- € für Mikroprojekte bei der Beteiligungsentwicklung.

Für die Stadt Coesfeld ergeben sich in der Kooperation mit dem LWL ebenfalls Verpflichtungen:

- Benennung einer hauptberuflichen Fachkraft als Ansprechpartner:in
- Durchführung eines gemeinsamen Auftaktgespräches mit der Bürgermeisterin
- Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages zwischen der Stadt Coesfeld und dem LWL (*Mustervertrag des LWL, vgl. Anlage 1*)
- Herstellung einer Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses zur politischen Absicherung des Vorhabens²
- Dokumentation und Präsentation des Projektverlaufes
- Mitarbeit im landesweiten Netzwerk der beteiligten Kommunen

Perspektiven

Der umfangreiche Aufgabenkatalog sowie die anspruchsvollen Rahmenbedingungen des LWL-Projektes machen deutlich, wie arbeitsintensiv und aufwendig eine strukturelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist, wenn man sie als Instrument zur Demokratieförderung ernst nimmt und fest implementieren will.

Bei Durchsicht der Publikationen und Zwischenergebnisse anderer Kommunen zum Fortgang des Projektes, wird sehr deutlich: Jede Kommune entwickelt einen eigenständigen Weg in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung. Es gibt nicht „das eine“ erfolgversprechende Konzept der Partizipation; längst nicht immer steht am Ende des Entwicklungsprozesses ein klassisches „quasiparlamentarisches“ Konstrukt, gemeinhin als „Jugendparlament“ bekannt.

Gerade in Zeiten, in denen Soziale Netzwerke noch immer als Wachstumsplattformen gelten und politisch eine immer höhere Relevanz bekommen, entstehen mitunter hybride Formen von Beteiligung, bei denen präsenzbasierte Zusammenkünfte mit virtuellen Meetings und Abstimmungen Hand in Hand gehen. Wichtig ist: was immer gemeinsam mit Jugendlichen

¹ Zitat LWL: Informationen zum Projekt (eigene Präsentation)

² erfolgt mit dieser Beschlussvorlage

entwickelt wird, muss im Ergebnis demokratieförderlich sein und auf breiter Ebene in der Stadt junge Menschen zum Mitmachen animieren.

Grundsätzlich geplant ist deswegen, Schüler:innen weiterführender Schulen durch geeignete Aktionen oder Unterrichtseinheiten vor Ort für die Entwicklung einer eigenständigen Form von Jugendbeteiligung zu interessieren bzw. in diesen Entstehungsprozess einzubinden.

Ziel ist es, mit den interessierten Jugendlichen eine Arbeitsform zu entwickeln, die bei den potenziellen Mitgliedern eine hohe Akzeptanz erfährt und dadurch eine längerfristige Mitarbeit in einem Gremium wahrscheinlicher macht. Eine kontinuierliche fachliche Begleitung der Gruppe ist notwendig, um die aktiven Jugendlichen längerfristig zu motivieren und zu unterstützen.

Da die Einbindung von Kindern in einen partizipativen Prozess andere, dem Alter entsprechende Methoden erfordert, soll dieser Schritt erst etwas später erfolgen.

Aktuell ist die Durchführung von Präsenzveranstaltungen in den Schulen aus Gründen des Infektionsschutzes noch nicht möglich. Aus diesem Grund werden in einem Zwischenschritt zunächst - unter Zuhilfenahme digitaler Kommunikationsformen - Jugendliche gezielt angesprochen, zu denen aus verschiedenen Kontexten oder Angeboten bereits Kontakte bestehen, oder die in den Schüler:innen-Vertretungen der weiterführenden Schulen aktiv sind.

Hierbei sollen auch bestehende Kontakte zu den Fachkräften der Schulsozialarbeit sowie zu Lehrkräften, welche die Schüler:innen-Vertretungen betreuen, genutzt werden.

Über die Entwicklungen einer eigenständigen Jugendpolitik für Coesfeld wird regelmäßig im Jugendhilfeausschuss berichtet.

Anlagen:

Anlage 1: Kooperationsvertrag LWL (Muster)